

„Wir werden nicht kapitulieren“

Der Mitinitiator Yasser Abed Rabbo über Widerstände gegen die Genfer Initiative¹

Ihr Genfer Friedensplan soll ein endgültiges Abkommen zwischen Israel und den Palästinensern ermöglichen. Wie?

Abed Rabbo: Wir konkurrieren nicht mit der „Road-Map“, wie man zur endgültigen Friedenslösung kommt. Die „Road-Map“ ist ein Vehikel. Unser Plan kann ihr neues Leben einhauchen, denn die Initiative des Nahost-Quartetts ist nahezu gelähmt.

Was machen Sie anders?

Abed Rabbo: Wir erklären, was am Ende die Lösung sein könnte. Es ist nun am Quartett, diese Vorschläge für sich auch zu nutzen. Wir sind die Dienstleister. Die „Road-Map“ wird mit unserem Angebot umfassender – und praktikabler. Und damit wird sie für die öffentliche Meinung beider Seiten interessanter.

Wie meinen Sie das?

Abed Rabbo: Wir haben aus den Erfahrungen mit dem Osloer Abkommen gelernt, dass man die ersten Schritte nicht setzen kann, wenn man die endgültige Regelung beiseite lässt. Denn in diesem Fall gelingt es eben nicht, das Naheliegende auch umzusetzen.

Wen wollen Sie mit Ihrem Plan ansprechen?

Abed Rabbo: Wir richten uns an die öffentliche Meinung in Israel und den Palästinensergebieten. Wir bieten eine echte Formel an, die Israel Sicherheit garantiert und den Palästinensern ein Leben in Freiheit und Unabhängigkeit. Das

waren früher immer die Slogans, doch wir setzen dies nun um in einen pragmatischen Plan.

Was sagt Ihr Präsident Jassir Arafat dazu?

Abed Rabbo: Unser Präsident hat unsere Bemühungen begrüßt. Wir können allerdings nicht davon reden, dass unser Plan offiziell angenommen worden ist. Verhandlungen sind Sache der Regierungen. Wir haben für uns aber auch nie in Anspruch genommen, Regierungen zu vertreten oder für sie zu sprechen. Nein, wir wollen mit unserer Initiative den Druck auf die Führungen beider Seiten erhöhen, endlich in Verhandlungen zu treten.

Sind Sie von Ihrem Präsidenten wegen mangelnder Unterstützung nicht enttäuscht?

Abed Rabbo: Ich will heute gar nicht mehr Unterstützung, weil ich auch nicht um eine offizielle Annahme des Plans gebeten habe. Was wir brauchen, sind offizielle Gespräche zwischen beiden Seiten.

Sie sind wegen der mutmaßlichen Preisgabe palästinensischer Interessen im eigenen Lager als Verräter beschimpft worden. Fühlen Sie sich durch Extremisten bedroht?

Abed Rabbo: Die größte Gefahr ist es, angesichts der Misere in unserer Region aufzugeben. Das werden wir nicht tun, glauben Sie mir. Wenn man wie wir neue Ideen vorschlägt, Tabus bricht, läuft man natürlich Gefahr, angegriffen zu werden. Aber vor den Kräften, die uns ins Unheil stürzen, werden wir nicht kapitulieren. Dabei ist man persönlichen Gefahren ausgesetzt. Aber gibt es eine Alternative?

Sie wollen die öffentliche Meinung für sich gewinnen. Was machen Sie mit Extremisten aus den Reihen von Hamas und Dshihad?

Abed Rabbo: Nun, wir suchen nicht den offenen Dialog mit allen Gruppierungen wie [mit] Hamas und Dschihad. Dabei luden wir sie früher sogar schon zu öffentlichen Treffen ein. Wir haben einen Plan, und die anderen sollen zeigen, ob sie einen besseren haben. Doch Hamas und Dschihad und auch andere Gruppen sind gegen jede Veränderung des Status quo. Sie sagen dem Volk nicht die Wahrheit und haben keinen Ausweg aus dem Desaster. Wir aber vertrauen ganz darauf, dass die große Mehrheit der Palästinenser unserer Option folgt, unserem Kompromiss.

Folgt sie schon?

Abed Rabbo: Die Zustimmung wächst. Trotz der Vorwürfe gegen uns, angeblich palästinensische Rechte, wie die Rückkehr der Flüchtlinge, aufzugeben.

Es gibt verwirrende Zeichen. Warum schlägt Ihr Regierungschef Kurei [Qureia] mal einen eigenen Staat vor, dann aber auch einen Zweivölkerstaat?

Abed Rabbo: Wir suchen eine Lösung auf der Basis von zwei Staaten, mit den Grenzen von 1967. Wir verfolgen keine andere Politik. Der Zweivölkerstaat war nur ein Argument für den Fall, dass durch Grenzziehung palästinensischer Boden verloren geht und die Bildung eines eigenen Staates dadurch nicht mehr möglich sein würde.

Sie spielen auf den Grenzwall an, den die israelische Regierung zum Schutz vor Terrorismus im Westjordanland errichten lässt. Kann diese Sicherung, wenn dabei die Grenzen von 1967 respektiert würden, nicht ein sinnvoller Schritt sein, vielleicht für die nächsten zehn bis 20 Jahre, um das Nebeneinander zu erleichtern?

Abed Rabbo: Wenn die Mauer auf der sogenannten Grünen Linie, den Grenzen von 1967, gebaut wird, stört uns das nicht. Obwohl wir nicht glauben, dass dies die wirkliche Lösung sein kann. Aber jetzt wird der Zaun auf palästinensischem Gebiet errichtet. Das ist ein Versuch, Land zu beschlagnahmen, und macht die Bildung eines palästinensischen Staates unmöglich. Das ist der Streit um die Mauer.

Kann der Zaun denn nicht ein Mittel sein, den Terrorismus zu stoppen?

Abed Rabbo: Ich glaube nicht, dass Mauern Sicherheit garantieren. Nur ein politischer Ausgleich kann dies bewirken. Die Abtrennung ist derzeit die größte Gefahr für beide Seiten.

Sie haben in Berlin bei der Bundesregierung und den Bundestagsparteien für Ihren Friedensplan geworben. Sind sie mit der Unterstützung zufrieden?

Abed Rabbo: Wir sind äußerst zufrieden, denn die Unterstützung war überwältigend. Das ist sehr ermutigend. Denn aus Berlin wird ein positives Signal an unsere Völker gesandt, dass der Weg über den Kompromiss führt und international unterstützt wird.

¹ Interview in der „Welt“ am 16.01.2003.